



Bürgermeister*in-Wahl 2017 – Wen soll ich wählen?

Diese Wahl ist eine Persönlichkeitswahl. Das heißt, dass eine Person gewählt wird.

Knackpunkt hat Fragen zur Behindertenpolitik an die Bürgermeister*in-Kandidatinnen ausgemailt. Es wurde darum gebeten, die Antwort bis spätestens 21. November zurückzumailen.

Die Befragung soll eine Entscheidungshilfe für Ihre Entscheidung sein.

Alle **Antworten** finden Sie unterhalb, **in der Reihenfolge, in der sie von den einzelnen Parteien bzw. Kandidat*innen gekommen sind.**

Von Harald Preuner (ÖVP) und auch von Christian Ferch (Liste SALZ) kamen bis zum genannten Termin keine Antwort.

Frage 1

Wie werden Sie sich aktiv für die Barrierefreiheit und das barrierefreie Wohnen in Salzburg einsetzen?

Andreas Reindl - FPÖ

Bei Barrierefreiheit denken Menschen oft nur an den baulichen Themenbereich. Doch Barrierefreiheit ist mehr als nur die Errichtung von barrierefreien Wohnungen oder der Einbau von Liftanlagen oder das Absenken von Gehsteigkanten.

Echte Barrierefreiheit ist erreicht, wenn für möglichst alle Menschen Dinge des Alltagslebens, ohne besondere Erschwernis, und grundsätzlich ohne fremde Hilfe, zugänglich und nutzbar sind. So sieht **es** auch das Behindertengleichstellungsgesetz vor. Es ist daher auch unumgänglich, dass dem Gemeinderat quartalsmäßig ein Bericht über die Umsetzung des Fortschrittes der Barrierefreiheit vorgelegt wird. Die Behindertenbeauftragte der Stadt Salzburg sollte im Bereich Bautätigkeiten der Stadt verstärkt eingebunden werden. Wir unterstützen jedoch Ihre Forderung einer Zuziehung von „Sachverständigen für Barrierefreiheit“.

Johann Padutsch - Bürgerliste/Grüne

selbstverständlich werde ich mich aktiv für die Barrierefreiheit und das barrierefreie Wohnen in Salzburg einsetzen. Wichtig ist dabei auch die Einhaltung der OIB-Richtlinie, sowie die Beachtung der ÖNORM 1600 Barrierefreies Bauen als Planungsgrundlagen. Ich werde schauen ob es rechtlich möglich ist, dass die



Baubehörde diese Richtlinien bei Kollaudierungen in den Vordergrund stellen kann.

Bernhard Auinger - SPÖ

Wie Ihnen bekannt ist, nimmt die Stadt Salzburg die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und Barrierefreiheit sehr ernst. Aus diesem Grund gibt es in der Stadt Salzburg eine Behindertenbeauftragte, einen Behindertenbeirat dem Ihr Verein erfreulicherweise auch angehört und wir haben im letzten Jahr die Erstellung eines Etappenplanes gestartet. Dabei wird geprüft, wie weit die Stadt Salzburg die in ihrer Zuständigkeit liegenden Vorgaben der UN

Behindertenrechtskonvention bereits umgesetzt hat und wo es noch Nachholbedarf gibt. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen nehme ich persönlich als Auftrag für meine Regierungsarbeit.

Die Schaffung barrierefreier Wohnräume ist für mich selbstverständlich, zumal in der Vergangenheit hier zu lange einfach nichts passiert ist. In der Ihnen bekannten Diskussion um die Baukosten ist die Barrierefreiheit nicht verhandelbar.

Barbara Unterkofler - NEOS

Als Baustadträtin habe ich mich bereits die letzten Jahre in enger Abstimmung mit der Behindertenbeauftragten stets dafür eingesetzt, dass bei jedem Projekt die Barrierefreiheit bestmöglich sichergestellt wird und die Bauvorhaben mit besonderer Bezugnahme auf die Bedürfnisse beeinträchtigter Personen durchgeführt werden. Auch mit privaten Eigentümern habe ich bei Bauprojekten viele Gespräche geführt und sie darauf aufmerksam gemacht, wie die Barrierefreiheit auch auf ihrem Privatbesitz am besten umgesetzt werden kann. So konnte ich in einigen Fällen Verbesserungen herbeiführen. Natürlich werde ich mich auch weiterhin für ein barrierefreies Salzburg einsetzen und für ausreichend barrierefreie Wohnungen in Salzburg kämpfen.

Frage 2

Welche Maßnahmen zum Gewaltschutz für Menschen mit Behinderung werden Sie in Salzburg umsetzen?

FPÖ – Andreas Reindl

Es besteht hier dringender Handlungsbedarf. Es braucht mehr Aufmerksamkeit, Schulung und Aufklärung, um Menschen mit Behinderungen vor Gewalt zu schützen. Jedem Verdachtsmoment muss nachgegangen werden und muss lückenlos aufgeklärt werden.



Johann Padutsch - Bürgerliste/Grüne

dafür braucht es Aufklärungsarbeit und Gewaltprävention in leichter Sprache, Fort- und Weiterbildung für Personal, sowie eine regelmäßig „aufsuchende“ Beratungs- und Unterstützungsstelle. Dafür muss rasch ein Konzept erstellt werden.

Bernhard Auinger - SPÖ

Schutz vor Gewalt, vor allem von besonders gefährdeten Menschen, ist mir persönlich ein besonderes Anliegen und ich stimme Ihnen zu, dass Gewaltschutzzentren und Beratungseinrichtungen jedenfalls auch auf die Situationen von behinderten Menschen eingehen können müssen. Sollte es hier Schulungsbedarf geben werde ich zusammen mit der Behindertenbeauftragten Schulungsangebote setzen. Für mich neu ist, dass es keinerlei unabhängige Ombudsstelle für Menschen mit Behinderung in Einrichtungen der Behindertenhilfe gibt. Meines Wissens steht neben dem Behindertenanwalt und der Volksanwaltschaft samt OPCAD Kommissionen auch der österreichweite Verein „Behindertenombudsmann“ als Anlaufstellen zur Verfügung. Darüber hinaus unterliegen Einrichtungen der Behindertenhilfe dem Heimaufenthaltsgesetz und somit der Kontrolle des VertretungsNetz – Bewohnervertretung. Auch steht es allen Salzburger*innen selbstverständlich frei, sich bei Missständen an die Antidiskriminierungsstelle der Stadt Salzburg oder auch an die Politik direkt zu wenden. Wenn Sie mir hier Ihre Gedanken bzw. Bedenken näher konkretisieren wollen bin ich gerne bereit dies beim zuständigen Landesgesetzgeber zum Thema zu machen.

Barbara Unterkofler - NEOS

Es muss bei etwaigem Fehlverhalten gegenüber behinderten Menschen klare rechtliche Konsequenzen geben. Strafrechtlich relevante Geschehnisse müssen mit aller Härte verfolgt werden und eine volle Aufklärung sichergestellt werden. Zudem ist es natürlich notwendig, dass behinderte Menschen die Möglichkeit haben, sich bei einer unabhängigen sozialen Anlaufstelle zu melden, falls es Probleme gibt.

Frage 3

Werden Sie der Erhöhung des Förderbetrages zustimmen? Wenn Nein, warum nicht?

FPÖ – Andreas Reindl

Gerne werden wir uns für eine Erhöhung im Budget 2019 einsetzen.



Johann Padutsch - Bürgerliste/Grüne

wir, die Bürgerliste, haben bei den Budgetverhandlungen eine Erhöhung der Subvention um 10 000.- Euro angemeldet und durchgesetzt, somit beträgt Ihre Jahressubvention jetzt 15 000.-.

Bernhard Auinger - SPÖ

Zu guter Letzt darf ich Ihnen mitteilen, dass meine Fraktion im Budgetsenat der Subventionserhöhung für Ihren Verein zugestimmt hat.

Barbara Unterkofler - NEOS

Am Montag dem 13.11.2017 wurde im Budgetsenat von NEOS die Erhöhung des Förderbeitrages sogar miteingebracht und mit Zustimmung der NEOS beschlossen.

Frage 4

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln umfassend im Sinne der Gleichberechtigung auch für Menschen mit (elektrischen) Hilfsmitteln nutzbar ist?

FPÖ – Andreas Reindl

Bei Ankauf von öffentlichen Verkehrsmitteln ist darauf zu achten, dass diese auch für Menschen mit Behinderungen nutzbar sind. Heuer wurde das Projekt der Salzburg AG „Umbau der Lokalbahngarnituren auf Niederflur“ mit Gesamtkosten von 4 Mio. Euro und einem Investitionszuschuss durch die Stadtgemeinde Salzburg von 1 Mio. Euro zur Umsetzung beschlossen. Die Verkehrsunternehmen in Österreich sollen verstärkt in „Barrierefreiheit“ investieren, nur so wird es möglich sein, die Mobilität von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Johann Padutsch - Bürgerliste/Grüne

Ich werde mich für flächendeckende Niederflurbusse und entsprechende Einstiegshöhen bei Bushaltestellen einsetzen.

Bernhard Auinger - SPÖ

Das Thema Mobilität steht auf meiner Prioritätenliste ebenfalls ganz oben und sollte es im 21. Jahrhundert ebenfalls eine Selbstverständlichkeit darstellen, dass Fahrzeuge des ÖPNV möglichst allen Menschen uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Ich werde dies in einem der nächsten Aufsichtsratssitzungen der Salzburg AG ansprechen und auch auf den Salzburger Verkehrsverbund – der sich bekanntlich im Alleineigentum des Landes befindet – einwirken.



Barbara Unterkofler - NEOS

Im öffentlichen Verkehr besteht noch großer Handlungsbedarf im Bereich der Barrierefreiheit. Hier müssen gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Lösungen gefunden werden, die es Menschen mit Gehbeeinträchtigung oder in Rollstühlen ermöglichen, leichter am öffentlichen Verkehr teilzuhaben.

Frage 5

Welche Schritte werden Sie setzen, dass die säumigen Salzburger Unternehmen ihrer Einstellungspflicht von Menschen mit Behinderung nachkommen?

FPÖ – Andreas Reindl

Der Magistrat erfüllt seine Einstellungsquote. Auf FPÖ-Antrag werden im Magistrat auch Behindertenvertrauenspersonen gewählt. Städtische Förderungen könnten an die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung gekoppelt werden.

Johann Padutsch - Bürgerliste/Grüne

eine Möglichkeit wäre es die Auftragsvergabe an eine bestimmte Quote zu knüpfen, und/oder die Ausgleichstaxe zu erhöhen.

Bernhard Auinger - SPÖ

Was das Thema Einstellungspflicht betrifft so sind die Möglichkeiten der Stadt Salzburg mangels Zuständigkeit leider begrenzt. Denkbar wäre aber, mögliche Förderungen durch die Stadt Salzburg an die Erfüllung der Quote zu knüpfen bzw. Nachweise zu verlangen, die belegen, dass sich das Unternehmen um die Anstellung von Menschen mit Behinderung bemüht.

Barbara Unterkofler - NEOS

Zurzeit gibt es österreichweit die Regelung, dass Arbeitgeber die mindestens 25 Beschäftigte im Unternehmen haben, eine „begünstigte behinderte Person“ einstellen müssen. Leider „kaufen“ sich die Unternehmen zumeist quasi einfach frei. Es braucht hier zusätzliche positive Anreize um die Unternehmen dazu zu bringen Menschen mit Beeinträchtigung einzustellen. Von der Politik sollte auch die Sensibilisierung der Unternehmen für dieses Thema vorangetrieben werden.

Frage 6

Bei welchen behindertenpolitischen Themen sehen Sie in Salzburg den größten Handlungsbedarf?



FPÖ – Andreas Reindl

Die rasche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Salzburg, Novellierung des Salzburger Behindertengesetzes, stärkere finanzielle Unterstützung von Behindertenorganisationen;

Johann Padutsch - Bürgerliste/Grüne

Diese Frage kann so nicht beantwortet werden, es braucht von vorschulischer Förderung (Abschaffung von Sonderschulen mit entsprechenden Angeboten in Regelschulen) bis hin zur Versorgung älterer Menschen mit Behinderung die erforderlichen Maßnahmen in allen Lebensbereichen.

Bernhard Auinger - SPÖ

Behindertenpolitisch sehe ich nach wie vor Handlungsbedarf bei den Themen Sensibilisierung und Akzeptanz. Nach wie vor werden Bedürfnisse gar nicht gesehen oder bei Abwägungsentscheidungen als nachrangig betrachtet. Erst wenn das Bewusstsein gegeben ist, werden auch fundierte Entscheidungen möglich sein. Bis dahin muss man Menschen mit Behinderung anhören und auch Gehör verschaffen.

Ich freue mich schon sehr auf die Ergebnisse der Etappenplanerstellung, da wir dann endlich über eine umfassende Bestandsaufnahme verfügen und auch über die zu bearbeitenden Handlungsfelder Bescheid wissen. Ich bin überzeugt, dass die Stadt Salzburg schon auf einem guten Weg ist – dieser muss aber konsequent fortgesetzt werden.

Barbara Unterkofler - NEOS

Ich möchte vor allem die Barrierefreiheit in der Stadt weiterhin vorantreiben. Hier gibt es noch viel zu tun für Salzburg. Zudem ist es mir auch ein großes Anliegen, dass Menschen mit Beeinträchtigung noch stärker als bisher als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft angesehen und auch dementsprechend behandelt werden.

Zusätzlich kamen folgende Aussagen:

Bernhard Auinger - SPÖ

Ich möchte schon klarstellen, dass das nicht heißt, dass jeder Forderung, jeder Idee oder jedem Wunsch automatisch nachgekommen wird bzw. nachgekommen werden kann. Ich bin aber für einen regelmäßigen Austausch auf Augenhöhe



knack:punkt – Selbstbestimmt Leben Salzburg

ZVR 489305500

info@knackpunkt-salzburg.at

www.knackpunkt-salzburg.at

jederzeit zu haben. Mir ist es wichtig, Sie und Ihre Anliegen zu hören. Aus diesem Grund wollten wir auch – wie im Parteienübereinkommen vereinbart - im letzten Gemeinderat die aktuelle Stunde diesem Thema widmen und ein/-e Vertreter*des Behindertenbeirates als Expert*in einladen. Leider wurde dies von den anderen Parteien abgelehnt und stattdessen das bereits einmal im Gemeinderat abgelehnte „Salzburger Modell der Direkten Demokratie“ nochmals aufgewärmt. Unsere Entgegnung, dass dieses Thema alles andere als aktuell sei, wurde in den Wind geschlagen.

Barbara Unterkofler - NEOS

Ein großes Dankeschön für Ihr wertvolles Wirken im Bereich der Menschen mit Behinderung.